

Protokoll:

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erklärt, mit der Aufstellung eines Gesamtbudgets für den Kultur- und Platzbau sowie den Straßenausbau folge man einer Anregung der ADD. Die Gesamtkosten beliefen sich auf 95.433.042 €, wobei mit Zuschüssen in Höhe von 19.720.213 € gerechnet würde. Am kommenden Montag führe er ein weiteres Spitzengespräch mit den Vertretern der ADD mit dem Ziel, eine Zustimmung zum Gesamtbudget zu erhalten.

BIZ-Fraktionsvorsitzender Dr. Gross trägt vor, seine Fraktion lehne das Projekt weiterhin ab. Angesichts der schlechten Haushaltslage werde ein Festhalten an dem Prestigeobjekt immer unverständlicher. Er rechne mit Kosten von über 100 Mio. €. Die Widersprüchlichkeit zwischen schmerzhaften Ausgabeesparungen im Sozialbereich und Ausgaben für ein überdimensioniertes und kostenintensives Kulturbauprojekt lasse sich dem Bürger nicht mehr vermitteln. Die BIZ stehe für eine verantwortungsbewusste Politik im Sinne der Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit und lehne daher die Beschlussvorlage ab.

Die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Mehlbreuer führt aus, ihre Fraktion habe das Projekt von Beginn an als kritisch angesehen. Aufenthaltsqualität, Wohnen und Kultur an einem grünen Platz seien nicht mehrheitsfähig gewesen. Ein Änderungsantrag sei abgelehnt worden. Dennoch habe ihre Fraktion den Prozess konstruktiv begleitet. Von den Projektgegnern sei ein Einzelhandelskonzept und ein Finanzierungskonzept eingefordert worden.

Andere Städte richteten Umweltzonen ein und nähmen den Verkehr aus den Innenstädten heraus. In Koblenz führen nunmehr 7.500 KFZ täglich zusätzlich in das Stadtzentrum. Koblenz sei Mitglied in einem Klimabündnis. Das 2001 erstellte Klimaschutzkonzept werde derzeit fortgeschrieben und vom Bundesministerium für Umwelt gefördert. Die Möglichkeiten einer Kommune zur Reduzierung der CO₂-Emissionen seien hinreichend bekannt.

Die Planungen für den Zentralplatz hätten mit Klimaschutz nichts zu tun. Zudem werde der Haushalt mit einem Kulturbau nachhaltig belastet, den man sich nicht leisten könne.

Der zusätzliche Verkehr verursache Lärm, der weitere Lärmschutzmaßnahmen nach sich ziehe. Laut ADD verstoße sowohl der Ergebnishaushalt als auch der Finanzhaushalt in allen Jahren gegen die gesetzlichen Ausgleichsgebote. Eine dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt Koblenz sei nicht gegeben. Die Kreditverschuldung liege am 31.12.2009 bei 370 Mio. €. 2013 wäre man bei 758 Mio. €

In den neuen Verträgen zum Kulturbau gehe es nicht mehr um Mietzahlungen, sondern um kreditfinanzierte Investitionen, die über 30 Jahre getilgt werden müssten.

In anderen Bereichen werde es Kürzungen geben müssen wie in der Familienpolitik und im Sport. Welche freiwilligen Leistungen eine Kommune wahrnehme, richte sich nach der finanziellen Leistungsfähigkeit und dem politischen Willen. Man könne dieser und der folgenden Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Rm Kaiser (FDP) teilt mit, auch die FPD-Fraktion lehne die Beschlussvorlage ab. Die Einzelhandelskonzeption sei insgesamt nicht schlüssig und es bestünden Risiken. Zudem unterschätze man die verkehrlichen Auswirkungen sowie die Belastungen für die Umwelt und das Klima der Stadt. Finanzpolitisch sei der Kulturbau unverantwortlich, der Panorama-Aufzug entbehre jeden Sinn, man werde daher der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erwidert, man befinde sich nicht am Anfang, sondern am Schlusspunkt des Projektes. Über viele Jahre habe sich der Stadtrat mit dem Thema befasst und das Grundkonzept mehrheitlich beschlossen, zum Teil seien auch einstimmige Beschlüsse gefasst worden.

Man könne seine Meinung sicherlich ändern. Wenn jedoch bei einem wichtigen Projekt, bei dem es um Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe gehe, mitten im Prozess die Meinung ändern würde, entstünde ein solcher Vertrauensverlust in den Investitionsstandort Koblenz, der nachhaltig negative Einflüsse für das Wirtschaftsklima zur Folge hätte. Diese Entwicklung sei nicht zu verantworten.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig begrüßt die mit der Vorlage geschaffene Transparenz. Es sei seine vordringliche Aufgabe als Kämmerer, das Budget so zu überwachen und den Vollzug der Maßnahmen so zu kontrollieren, dass die Stadt möglichst von bösen Überraschungen verschont bleibe. Er sagt eine kontinuierliche Information zu.

Rm Gniffke (FBG) erklärt, seine Fraktion habe sich die Gestaltung des Zentralplatzes ursprünglich anders, und zwar mit einer Markthalle vorgestellt. Man müsse heute zustimmen, es falle aber angesichts der finanziellen Verhältnisse nicht leicht. Die Dachterrasse halte er für überflüssig und zu teuer. Er erkenne in einem Verzicht auf die Dachterrasse ein großes Einsparpotenzial.

Mit Blick auf die Konkurrenzsituation mit anderen Städten müsse sich Koblenz stark machen, daher stimme die FBG-Fraktion der Beschlussvorlage zu.

Rm Ackermann (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, er habe den Eindruck, dass wenn einmal ein Großprojekt beschlossen sei, ein solches nicht mehr gestoppt werden dürfe, selbst wenn man zu einem späteren Zeitpunkt erkenne, dass es finanziell für die Stadt nicht zu tragen wäre. Eine derartige Einstellung bereite jedem, der ökonomischen Sachverstand besitze, Schmerzen.

Die transparente Darstellung der Kosten müsse eigentlich jedem verdeutlichen, dass die Stadt sich den Kulturbau nicht leisten könne. Mit Investitionskosten und Zinsen belaufe sich das Gesamtvolumen über 30 Jahre auf rd. 180 Mio. € Letztlich bezahle es der Steuerzahler.

- Beifall aus der Mitte des Stadtrates -

Rm Kühlenthal (BIZ) führt aus, er sei erstaunt, dass Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig als Hauptargument das Image der Stadt und das Vertrauen von Investoren genannt habe. Das Image werde von Werbeagenturen grundsätzlich als gewinnbringender Faktor als ultima ratio angeführt. Es existierten viel wichtigere Aspekte für die Städteplanung.

Der Redner sieht mit Blick auf die Finanzsituation das Wohl der Stadt als sehr stark gefährdet.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig betont zu der Frage, was zum Wohle der Stadt Koblenz notwendig sei oder nicht, selbstverständlich jedes Ratsmitglied seine eigene Meinung habe. Er bittet aber dringlich davon Abstand zu nehmen, die eigene Position zu verabsolutieren und den anderen, egal ob sie sich in der Mehrheit oder Minderheit befänden, den Vorwurf zu machen, deren Abwägung sei nicht dem Wohl der Stadt geschuldet.

- Beifall aus der Mitte des Stadtrates -

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erklärt, für ihn sei entscheidend, dass man im gegenseitigen Respekt zu der Mehrheitsentscheidung stehe. Er bringt seine Hoffnung zum

Ausdruck, dass der Stadtrat nach der anstehenden Abstimmung im wechselseitigen Respekt vor den Entscheidungsalternativen und Entscheidungsmotiven auseinander gehe und nicht mit menschlichen Vorwürfen.

SPD-Fraktionsvorsitzende Lipinski-Naumann legt dar, ihre Fraktion hätte große Sorgen, wenn die Investition nicht getätigt würde. Koblenz verliere den Wettbewerb mit dem Umland. Man könne nicht allein von 106.000 Koblenzer Einwohnern existieren, vielmehr benötige die Stadt die potenziellen Kunden von rd. 1 Million Menschen des Umlandes und den Tourismus. Deshalb dürfe Koblenz nicht auf der Stelle stehen bleiben.

Mit der Investition seien nicht nur Ausgaben sondern auch Einnahmen verbunden. Die Rednerin erinnert an zu erwartende Gewerbesteuererhöhungen sowie die Landeszuschüsse von rd. 23 Mio. € und bittet alle Ratsmitglieder, fair miteinander umzugehen.

Rm Schupp (FDP) entgegnet, bei den Landeszuschüssen handele es sich auch um Steuergelder der Bürgerinnen und Bürger. Er halte es nicht für ausgeschlossen, dass im Falle einer Projekteinstellung doch noch Investoren nach Koblenz kämen, vielleicht gerade weil ein aus seiner Sicht nicht zu finanzierendes städtisches Projekt eingestellt worden wäre.

Der Redner bemerkt, Rm Altmaier (SPD) habe in seiner Haushaltsrede der FDP-Fraktion vorgeworfen, keine Einsparvorschläge gemacht zu haben. Heute habe der Stadtrat mit einer Ablehnung die Möglichkeit, richtige Einsparungen zu tätigen.

Rm Assenmacher (CDU) vertritt die Auffassung, selbst durch die Umstellung der vertraglichen Regelungen von einem Miet-Kauf- auf einen Werkvertrag bringe die Stadt Koblenz den am schlechtesten bezuschussten Kulturbau einer deutschen Stadt auf den Weg. Hoffentlich biete sich die Gelegenheit, das Land stärker einzubeziehen und die üblichen Förderungssätze zu erhalten.

CDU-Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer bezeichnet die Zeit für eine Entscheidung zum Zentralplatz als reif. Alle Verträge seien ausgiebig verhandelt und in vielen Sitzungen beraten worden. Mit dem Land sollten weitere Verhandlungen mit dem Ziel, einen höheren Landeszuschuss zu erreichen, geführt werden. Der Kulturbau bringe eine hohe Belastung des städtischen Haushaltes mit sich, jedoch dürfe man die dreistellige Millioneninvestition in die Stadtentwicklung nicht verkennen.

Die CDU-Ratsfraktion habe seit Jahren die Projektentwicklung konstruktiv begleitet und gerade betreffend den Einzelhandel starken Einfluss geltend gemacht. Sie hoffe, dass nun endlich die Bebauung des Zentralplatzes erfolgen werde.

- Beifall aus der Mitte des Stadtrates -